

Hausarbeit 2

# Demokratie 2.0

Der Einfluss des Internets auf die direkte Demokratie

20.6.2010

Proseminar Innenpolitik: Anders, aber ähnlich:  
Direkte Demokratie in der Schweiz und in den US-Bundesstaaten.  
Anna Christmann

Eingereicht von **Clau Dermont**  
Landoltstrasse 70  
3007 Bern  
clau.dermont@students.unibe.ch

**Institut für Politikwissenschaft Bern**  
Lerchenweg 36 – 3009 Bern  
BA Major Sozialwissenschaften (150 ECTS)  
4. Semester

## **1. Einleitung**

Die direkte Demokratie hat auf den ersten Blick für den Grossteil der Schweizer Bevölkerung lediglich drei bis vier Mal im Jahr einen unmittelbaren Effekt: Eine Urnenabstimmung zu Volksinitiativen und Referenden fordert die Eidgenossinnen<sup>1</sup> per Brief dazu auf, Stellung zu beziehen und sich für ein Ja oder Nein zu entscheiden. Weiter tritt der Normalbürger mit Volksinitiativen (VI) und fakultativen Referenden (fR) meistens zufällig auf der Strasse in Kontakt – bei Unterschriftensammlungen. Die aktive Unterstützung von VI oder fR beschränkt sich auf wenige besonders aktive Stimmbürgerinnen.

Die hierarchische Struktur der Politik über Ämter und Parteien wird je länger je mehr untergraben. Für öffentliche Präsenz braucht es nicht mehr einen politischen Status oder viel Geld; ein Internetzugang und eine gewisse technische Affinität genügen, um Inhalte zu produzieren und in einer digitalen Öffentlichkeit zu verbreiten. Das Internet bietet eine Plattform, um sich selber zu artikulieren, sei dies über eine eigene Homepage, Facebook, Twitter, Kommentare in Zeitungsforen und vielen weiteren Angeboten. Das Internet ist nicht mehr nur einseitige Informationsquelle, sondern ein Ort sozialer, politischer und wirtschaftlicher Interaktion.

Parteien, soziale Bewegungen, Politiker und Politikerinnen und sogar das Parlament entdecken die digitale Welt als Kanal für politische Kommunikation. Ziel ist der Kontakt mit dem Souverän, die Selbstdarstellung mit dem Ziel politischer Aufmerksamkeit und damit die erfolgreiche Vermittlung von Inhalten. So wünscht sich Pascale Bruderer, Nationalratspräsidentin, über Facebook, mit der Fanpage für die Schweizer Bundesversammlung „eine Brücke in die Öffentlichkeit zu schlagen“ und so ein transparentes und offenes Parlament zu sein (Facebook 2010a). Die Bundesversammlung hat so die Möglichkeit bis zu zwei Millionen Schweizerinnen und Schweizer zu erreichen, die bereits auf Facebook registriert sind (ebd).

In dieser Arbeit möchte ich verschiedene Aspekte einer Digitalisierung der Politik besprechen und daraufhin die daraus resultierenden möglichen Einflüsse für die direkte Demokratie in der Schweiz analysieren und wie so mehr Bürger sich beteiligen können.

## **2. Überblick und Theorie – Im Internetdschungel**

In der Schweiz besitzen 75.5 Prozent der Bevölkerung einen Internetzugang (Internet Usage in Europe Stats 2010). Dies ist weit mehr als der europäische Durchschnitt mit rund 52 Prozent. Dies bedeutet dass die Schweiz weit mehr als fünf Millionen Internetnutzer hat. Eine Internet-

---

<sup>1</sup> Im weiteren Verlauf des Textes wird jeweils alternierend die weibliche und männliche Form verwendet.

nutzerin ist jedoch tendenziell jung, gut gebildet und verfügt über ein höheres Einkommen (Froidevaux & Täuber 2006, 15 und 21). Die Einwirkung dieser sozioökonomischen Faktoren lässt Moreira et al. (2009, 8f) zur Erkenntnis gelangen, dass sich ein digitaler Graben öffnen könnte: Die Trennung verläuft nicht nur zwischen denen mit und ohne Zugang zum Internet, sondern auch zwischen wer damit umgehen und davon profitieren kann (ebd, 11). Hat ein Nutzer Zugang zum Internet, so hat er eine Fülle an Auswahl verschiedener *sozialer Medien*, bei denen er nicht nur lesen, sondern auch selber Inhalt beisteuern kann<sup>2</sup>. Dienste wie flickr (Bilder), YouTube (Videos) und Wikipedia (Lexikon) erwarten von der Nutzerin, den Inhalt selber zur Verfügung zu stellen. Dienste wie Facebook, Twitter oder Skype bieten die Möglichkeit, soziale Netzwerke im Internet aufzubauen, und mit so genannten „Freunden“ und „Followers“ in Kontakt zu treten. Bei diesem Vorgang wird eine *virtuelle Identität* kreiert, welche nicht unbedingt mit der realen Identität übereinstimmen muss.

Moreira et al. (2009, 29) definieren zwei Arten von sozialen Medien: *top-down platforms* als Möglichkeit der Regierung in Form einer „eDemocracy“ mehr Transparenz zu zeigen und dem Bürger mehr Möglichkeiten zu geben, direkt mitzuwirken, wie beispielsweise die Plattform [petitionen.bundestag.de](http://petitionen.bundestag.de) der deutschen Regierung, um Petitionen direkt online zu lancieren und bewerben. *Bottom-up platforms* ermöglichen die Vernetzung, Zusammenarbeit und Mobilisierung von Internetnutzerinnen (Moreira et al. 2009, 32). Gerade Facebook ist die momentan wohl weit verbreiteste Bottom-up-Plattform, die durch die Politik genutzt wird. Weitere Dienste wie [smartvote.ch](http://smartvote.ch), [politnetz.ch](http://politnetz.ch) oder [vimentis.ch](http://vimentis.ch) möchten Wählern die Möglichkeit geben, sich neutral zu informieren welche Politikrichtung am ehesten der eigenen Einstellung passt.



Grafik1: Überblick von top-down und bottom-up platforms. Quelle: Moreira et al. (2009, 29).

Vatter (2007, 106) erkennt als eine mögliche Schwachstelle der direkten Demokratie die Stärkung von organisierten Interessen, insbesondere von Verbänden. Diese verfügen über finanzielle Mittel und professionelle Organisationen, da sie Partikulärinteressen vertreten, welche (wie bei-

<sup>2</sup> Auch Web 2.0 genannt.

spielsweise beim Wirtschaftsverband *economiesuisse*) konkrete finanzielle Interessen schützen wollen. Können diese Strukturen über das Internet und soziale Medien aufgebrochen werden und dieser *Throughput* des direktdemokratischen Systems abgeschwächt werden (ebd)? Meine Hypothese lautet wie folgt: *Das Internet und die sozialen Medien erlauben schwächeren und kleineren Bewegungen, sich zu organisieren und unabhängig von Ressourcen mehr Einfluss auf die direkte Demokratie zu nehmen.*

### 3. **Demokratie 2.0<sup>3</sup> – Mögliche Einflüsse des Internets auf die direkte Demokratie**

Eine Volksinitiative oder ein fakultatives Referendum zu ergreifen bedeutet viel Aufwand: 100'000 Unterschriften (oder die Hälfte) müssen gesammelt werden, alle Unterschriftenbogen beglaubigt, die Öffentlichkeit muss informiert werden, die Politik überzeugt werden. Nach der Einreichung muss das Volksbegehren thematisch begleitet werden, teilweise mit Lobbyisten (im Falle einer VI in der parlamentarischen Phase), sowie ein nationaler Abstimmungskampf vorbereitet werden. Ein Volksbegehren zu ergreifen und schliesslich zu gewinnen verlangt die nötigen finanziellen, materiellen und personellen Ressourcen.

Der technologische Fortschritt des Internets ermöglicht ein Aufbruch dieser Strukturen. Die Präsenz im öffentlichen Raum beruht nicht mehr nur auf Geld (für Werbung), Status (um Nachrichtenswert zu produzieren) oder einen durchorganisierten Apparat (um im ganzen Land Unterschriftenaktionen durchzuführen). Kommunikations- und Vernetzungsstrukturen im Internet ermöglichen Interessen ohne direkten physischen Kontakt zusammenzuführen, Internetphänomene können dazu führen, dass Themen oder andere Inhalte innert kürzester Zeit in der ganzen Schweiz verbreitet sind. So geschehen bei der Volksinitiative „Bye Bye Billag“, welche momentan in der Vorbereitungsphase ist (Bye Bye Billag 2010). Über Facebook wurden mehr als 45'000 Internetnutzer auf das Thema aufmerksam (Facebook 2010b): Würden alle Mitglieder dieser Gruppe drei Unterschriften sammeln, wäre die VI innert kürzester Zeit zu Stande gekommen.

Das Internet ermöglicht durch Foren, Blogs und Chats eine breitere Deliberation von Themen. Diskussionen finden nicht mehr per se an Podien statt – Plattformen wie *politnetz.ch* oder *ignoranz.ch* fordern Internetnutzerinnen dazu auf, zu diskutieren und mögliche Lösungen zu präsentieren. *Politnetz* wählt dabei bewusst den Weg, Politiker einzubeziehen, wie im Wahlkampf des Grossen Rates im Kanton Bern geschehen, um so eine höhere Responsiveness der Politik zu erreichen. Politische Themen werden so vom politischen Prozess und den Strukturen der Parteien im repräsentativen System losgelöst. Die Diskussion findet nicht mehr nur in homogenen

---

<sup>3</sup> Demokratie 2.0 bezeichnet „die zweite Version der Demokratie“, wie dies bei Software auch gemacht wird. Impliziert eine Veränderung der Demokratie durch das Internet.

Gruppen wie im Familienkreis oder am Stammtisch statt, sondern in einer virtuellen Welt wo heterogenere Meinungen aufeinandertreffen. Unterschiedliche Meinungen fordern eine tiefere Auseinandersetzung mit der Thematik und können so zu qualitativeren Outputs führen – was die politische Diskussion näher zur nicht nötigen Nötigung des besseren Argumentes bringt (Habermas 1983, 132).

Die stärkere Auseinandersetzung mit der Politik im Internet kann zu mehr politischem Wissen führen: innert kürzester Zeit können Informationen zu Abstimmungsvorlagen, Parteien und Politiker gesucht und gefunden werden. Dies kann zu mehr Transparenz führen (wie das beispielsweise auch von Pascale Bruderer gewünscht wird, siehe Einleitung), aber auch zu einer höheren Kontrolle. Sitzungsprotokolle der Bundesversammlung sind innert kürzester Zeit online erhältlich und ermöglichen somit mitzuverfolgen, was die Volksvertreterinnen in Bern machen. Referenden können so einfacher geplant werden – da die Informationen schneller vorhanden sind, bleibt mehr Zeit zur Planung (Comment 2007, 44).

Das Internet kann somit auch die *Outputs* von VI und fR verstärken (Vatter 2007, 102): Die Vereinfachung VI und fR zu ergreifen, kann zu mehr Volksbegehren führen, was die Möglichkeit bietet, dass fR die repräsentative Politik weiter einschränken und das Damoklesschwert noch spürbarer wird, und dass VI mehr Akzente setzen können.

In Abstimmungskämpfen ermöglichen eMails und soziale Netzwerke die Stimmbürger günstiger zu erreichen. Gezeigt hat dies der Abstimmungskampf zur Personenfreizügigkeit im Februar 2009 gezeigt: über die Homepage dabei-bleiben.ch wurden die Aktivitäten koordiniert, mit Videomaterial wie tagesnews.com als Teil der Kampagne wurden mehr als 200'000 vermehrt junge Menschen erreicht und auf die Abstimmung aufmerksam gemacht. Durch die Möglichkeit, günstig im Internet für oder gegen eine Abstimmungsvorlage zu werben können traditionelle Kanäle wie Inserate in Zeitungen, Abstimmungsplakate und Flyer teilweise umgangen werden – wohl aber noch nicht komplett ersetzt.

Die Gefahr einer Internet-Medialisierung der Politik liegt darin, dass das Internet fast keine Schranken hat. Inhalte werden nicht überwacht, was zu einer Banalisierung oder zu bewusst „falschen“ Inhalten führen kann. Diese fehlende Kontrolle kann für nicht geübte Internetnutzerinnen eine Überforderung bei der Auswahl darstellen und die Qualität der Informationen senken. Sich im Internet zu informieren bedeutet auch einen Aufwand, sich die Informationen selber suchen zu müssen. Durch die schnellere Verbreitung von VI und fR besteht ausserdem die Gefahr, dass Quoren zu schnell gesammelt werden. Die Vereinfachung VI und fR einzureichen kann so den

Aufwand für die Bundesverwaltung und das Parlament erhöhen, was über längere Bearbeitungsfristen zu einer teilweisen Blockierung des Systems führen kann.

#### **4. Fazit – zweiseitige Medaille**

Können kleinere und schwächere Bewegungen durch das Internet mehr Einfluss auf die direkte Demokratie ausüben? Ja – jedenfalls bietet das Internet die Voraussetzungen dazu. Im Internet kann eine breite Öffentlichkeit erreicht werden, ohne den Umweg über Massenmedien wie Fernsehen oder Zeitungen machen zu müssen, ohne kostenintensive Kampagnen über Plakate und Flyer. Viele Internetnutzer bieten über soziale Medien freiwillig Kontaktmöglichkeiten an. Das Internet reiht sich in einem breiten Angebot von Medien ein, die der Kommunikation, Information und Diskussion dienen. Diese Diversifizierung der politischen Öffentlichkeit geht einher mit einer Diversifizierung der Angebote im Internet und so auch der Möglichkeiten, als einfache Stimmbürgerin politisch zu kommunizieren und zu partizipieren.

Die stärkere Nutzung von Internetmedien und die Forcierung von Top-Down-Plattformen ermöglichen so den Stimmbürgern aktiver die Instrumente der direkten Demokratie zu nutzen, sich mehr politisches Wissen anzueignen und das repräsentative System stärker zu kontrollieren. Die Stärkung von Verbänden als Throughput im Input-Output-Impact-Modell (Vatter 2007, 102) kann so an Wirkung verlieren, da die Ergreifung von Volksbegehren einfacher und günstiger wird, da weniger Ressourcen gebraucht werden.

Das Internet als neuer „Impact“ auf die Throughputs des Systems bietet jedoch auch Gefahren. Die Disparitäten in der Nutzung des Internets (jung, gebildet, höheres Einkommen) dürfen nicht ausschliessend wirken, d.h. neben den neuen Möglichkeiten im Internet müssen weiterhin die traditionellen Elemente verfügbar sein. Auch muss das Ziel verfolgt werden, qualitative Informationen zur Verfügung zu stellen (beispielsweise ein elektronisches Abstimmungsbüchlein mit Diskussionsfunktion) und die Gefahren einer Anonymisierung und virtueller Identitäten betrachtet werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass weitere Entwicklungen zu Gunsten der direkten Demokratie, der Partizipation und der Responsiveness des politischen Systems in der digitalen Welt verfolgt werden müssen, jedoch auch kritisch hinterfragt werden sollten. Initiativen der politischen Akteure wie beispielsweise der Facebookauftritt des Parlaments sind zu begrüßen, dürfen aber nicht zu einer banalen Politik der Aufmerksamkeitserhaschung führen. Die Stärkung der direkten Demokratie über einfachere Möglichkeiten, Volksbegehren zu ergreifen, sollten von

der Regierung unterstützt werden. Dies beispielsweise wie die Deutsche Regierung, welche mit eigenen Top-Down-Plattformen auch eine Qualitätssicherung garantieren kann.

Als Bestandesaufnahme der Möglichkeiten und verschiedener Aspekte der direkten Demokratie in einer digitalen Welt dient diese kurze Arbeit dazu, einen ersten Einblick zu erhalten. Die Digitalisierung der Politik verlangt jedoch eine intensive Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten einer Demokratie 2.0. Davon ausgehend können neue Modelle besprochen werden – wie beispielsweise die Einführung von eVoting als weitere Möglichkeit, an Abstimmungen teilzunehmen.

## Literaturverzeichnis

Comment, François (2007). Ein Blick in die Geschichte des Amtlichen Bulletins. Von 1848 bis 2007. Bern: Parlamentsdienste, Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Erhältlich bei:

[http://www.parlament.ch/dL/D/amtl\\_Bulletin/HIST\\_D\\_2007.pdf](http://www.parlament.ch/dL/D/amtl_Bulletin/HIST_D_2007.pdf).

Froidevaux, Yves und Volker Täube (2006). Internetnutzung in den Haushalten der Schweiz. Ergebnisse der Erhebung 2004 und Indikatoren. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.

Habermas, Jürgen (1983). Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Moreira, Ana Maria, Mathias Möller, Gregory Gerhard und Andreas Ladner (2009). E-Society and E-Democracy. Paper presented at the eGovernment-Symposium 2009, Berne, Switzerland. Bern/Lausanne: Amazee, IDHEAP. Erhältlich bei:

<http://science.amazee.com/edemocracy.pdf>.

Vatter, Adrian (2007). „Direkte Demokratie in der Schweiz: Entwicklungen, Debatten und Wirkungen“. In: Markus Freitag und Uwe Wagschal (Hrsg.). Direkte Demokratie. Bestandesaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich. Berlin: Lit. S. 71-114.

## Internetquellen

Bye Bye Billag (2010). URL: <http://www.byebyebillag.ch/de/home/> (19.6.2010).

Facebook (2010a). Schweizer Parlament. URL:

[http://www.facebook.com/pages/Bern/Schweizer-Parlament-Parlement-suisse-Parlamento-svizzero/345958796467?v=app\\_2392950137#!/video/video.php?v=1291905091899](http://www.facebook.com/pages/Bern/Schweizer-Parlament-Parlement-suisse-Parlamento-svizzero/345958796467?v=app_2392950137#!/video/video.php?v=1291905091899)  
(18.6.2010).

Facebook (2010b). Bye Bye Billag. URL:

<http://www.facebook.com/#!/group.php?gid=44378883424> (19.6.2010).

Internet World Stats (2010). Internet Usage in Europe Stats. URL:

<http://internetworldstats.com/stats4.htm#europe> (18.6.2010).